



HESSISCHER LANDTAG

11. 09. 2024

Kleine Anfrage

**Sandra Weegels (AfD), Maximilian Mürger (AfD), Pascal Schleich (AfD),
Bernd Erich Vohl (AfD) und Dimitri Schulz (AfD) vom 14.05.2024**

Verbale Angriffe auf eine israelische Schülergruppe in Frankfurt am 29.04.2024

und

Antwort

Minister für Kultus, Bildung und Chancen

Vorbemerkung Fragesteller:

Ende April/Anfang Mai befand sich eine Schülergruppe aus Israel zu Besuch in Hessen. Die Jugendlichen waren und sind – direkt oder indirekt – mit persönlichen Belastungen und Gewalterfahrungen anlässlich des massiven Terrorangriffs der Hamas am 07.10.2023 konfrontiert; der Besuch in Hessen sollte insoweit auch Zwecken der Rekonvaleszenz dienen. Ausweislich eines Berichts des „Wiesbadener Kuriers“ vom 02.05.2024 hätten bei den Eltern der Jugendlichen und den Besuchern selbst jedoch teilweise zunächst Vorbehalte gegen den Besuch in Deutschland aufgrund der derzeitigen teils antisemitischen Stimmungen bestanden. Tatsächlich sei es am 29.04.2024 in der Frankfurter Innenstadt zu verbalen Angriffen und Beleidigungen durch „arabischstämmige Jugendliche“ gekommen, nachdem diese die Herkunft der Schülergruppe als offensichtlich israelisch identifiziert hätten.

Vorbemerkung Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Hessen tritt Antisemitismus ebenso wie weiteren Formen des Extremismus und der Radikalisierung mit gezielten schulischen Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen entgegen. Vor dem Hintergrund der Geschichte unseres Landes und der damit verbundenen gesellschaftlichen Verantwortung zielt die Hessische Landesregierung darauf ab, sich gegen jegliche Form antisemitischen Verhaltens zu stellen, um jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein vorurteilsfreies und gleichberechtigtes Leben als Teil der Gesellschaft zu ermöglichen. Die frühzeitige Aufklärung und Auseinandersetzung sowie eine zielgerichtete Sensibilisierung für dieses Thema im Kontext Schule stellen daher eine zentrale Gelingensbedingung für ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben dar.

Vor diesem Hintergrund hat der deutsch-israelische Schüler- und Lehreraustausch für das Land einen hohen Stellenwert und läuft bereits seit über 50 Jahren erfolgreich zwischen Schulen in Hessen und Israel.

Austauschprogramme stellen grundsätzlich ein überaus geeignetes Instrument dar, um jungen Menschen aus Deutschland und Israel ein zeitgemäßes, realistisches und sympathisches Bild vom Partnerland zu vermitteln. Durch feste Schulpartnerschaften können gegenseitige Einblicke ermöglicht und Erkenntnisse vom jeweils anderen gewonnen werden.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz wie folgt:

- Frage 1 Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich des genauen Ablaufs des geschilderten Vorfalls vor, der – abgesehen von dem genannten Artikel im „Wiesbadener Kurier“ - bis dato nicht weiter rezipiert wurde?
- Frage 2 Welchen Wortlaut wiesen die genannten Verbalinjurien der „arabischstämmigen Jugendlichen“ auf?
- Frage 3 Falls die Äußerungen Straftatbestände erfüllten, welche Straftatbestände waren das?

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis des Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) wurde während eines Austauschbesuchs einer israelischen Schülergruppe an der Carl-von-Weinberg-Schule ein Teil der

israelischen Jugendlichen im Rahmen eines Freizeitprogrammpunktes in der Frankfurter Innenstadt von unbekannten Jugendlichen mit Äußerungen konfrontiert, deren Wortlaut sich im Nachhinein nicht rekonstruieren lässt.

- Frage 4 Wurde die Polizei verständigt? Bitte bejahendenfalls Mitteleiler und Art der Mitteilung benennen.
- Frage 5 Falls Ermittlungen eingeleitet wurden, wegen welcher Straftatbeständen erfolgen diese?
- Frage 6 Falls bereits Tatverdächtige ermittelt wurden: Welche Erkenntnisse liegen über die Tatverdächtigen vor? Bitte nach Vorname, Alter, Wohnort, Herkunft sowie ggf. Aufenthaltsstatus und polizeiliche Vorerkenntnisse aufschlüsseln.
- Frage 7 Äußerten verbal angegriffene Personen aus der israelischen Schülergruppe bzw. die Personensorgeberechtigten der größtenteils minderjährigen Schüler Strafverfolgungsinteresse?

Die Fragen 4 bis 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Hinsichtlich des in Rede stehenden Sachverhalts gab und gibt es keine polizeilichen Befassungen in der hessischen Polizei.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 3 verwiesen.

- Frage 8 Wurde durch die Landesregierung, auf deren Einladung sich die Schülergruppe in Hessen befand, anlässlich des Vorfalles eine Auf- oder Nachbereitung mit der israelischen Schülergruppe durchgeführt? Die Antwort bitte begründen.

Der Vorfall wurde von den israelischen und deutschen Begleitpersonen mit den betroffenen Jugendlichen besprochen und nachbereitet.

- Frage 9 Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass eine israelische Schülergruppe, die sich zudem auf Einladung der Landesregierung in Hessen befindet, in der Innenstadt von Frankfurt offenbar allein ihrer Herkunft wegen durch „arabischstämmige Jugendliche“ antisraelischen respektive antisemitischen Verbalangriffen ausgesetzt war?

Antisemitisches und rechtsextremistisches Gedankengut hat weder im Umfeld unserer Schulen noch in der Gesellschaft insgesamt einen Platz. Das HMKB stellt sich jeder Form des Antisemitismus und Extremismus mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Projekten entgegen, damit neben dem Unterricht Vorurteile und extremistische Haltungen abgebaut und demokratische Werte und Haltungen bei Schülerinnen und Schülern gestärkt werden. Der Schule kommt hier ein wesentlicher Auftrag zu, der auch den Erziehungsauftrag beinhaltet, die Grundrechte zu vermitteln, sie in der Schule erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, dass sich unsere Schülerinnen und Schüler als mündige Bürgerinnen und Bürger für eine menschenwürdige, humane Gesellschaft einsetzen.

Um möglichen Formen der Radikalisierung präventiv zu begegnen, sind strukturelle Maßnahmen sowie erfolgreiche Projekte und Initiativen gegen Extremismus und Diskriminierung unterschiedlichster Art an hessischen Schulen bereits seit vielen Jahren verankert.

Um Lehrkräfte im Umgang mit extremistischen Positionen zu stärken, hat das HMKB u. a. die Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ für alle hessischen Lehrkräfte herausgegeben. Die Handreichung bietet Lehrkräften ein wichtiges Unterstützungsinstrumentarium im Hinblick auf die Vermittlung von grundlegenden Werten und Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern. So findet sich in der Handreichung neben allgemeinen Informationen zur grundrechtsorientierten Demokratieerziehung auch ein Kapitel zur „Gefährdung der Demokratie durch Extremismus – eine aktuelle Herausforderung für Schulen und die Bildungsverwaltung“, worin das Thema „Islamismus“ eine bedeutende Rolle einnimmt.

Darüber hinaus wendet sich das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gegen jede Form von Diskriminierung und alle demokratiegefährdenden Ideologien, wozu auch der Islamismus gehört, und bietet die Möglichkeit, das Klima an der Schule aktiv mitzugestalten und zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln. Die Landeskoordination in Hessen liegt bei der Bildungsstätte Anne Frank und wird durch das HMKB unterstützt.

Weiterhin verfolgt das Kooperationsprojekt „Netzwerk-Lotsen Antisemitismus-/Extremismusprävention“ des HMKB und des Ministeriums des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI) das Ziel, landesweit Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen

sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter pädagogisch fortzubilden und hinsichtlich der Verlaufsformen der Radikalisierung und der Phänomenologie des Extremismus zu schulen. Dies umfasst das Erkennen von Radikalisierung und extremistisch motiviertem Verhalten von Schülerinnen und Schülern sowie die Vermittlung bestehender Formate und Hilfsangebote der in der Extremismusprävention tätigen hessischen Trägerlandschaft. Dabei stehen die aus dem konkreten Schulalltag unmittelbar rückgemeldeten Bedarfe und Interessen der Lehrkräfte im Mittelpunkt. Diese agieren dann als Ansprechpersonen in ihrer jeweiligen Schule.

Außerdem wurde in Zusammenarbeit mit der Robert-Bosch-Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Philipps-Universität Marburg zu Beginn des Schuljahrs 2022/2023 das Modellprojekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ initiiert. Ziel ist es, Lehrkräfte an beruflichen Schulen durch ein dreijähriges Fortbildungs- und Beratungsprogramm, u. a. im Umgang mit antidemokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen zu stärken, um zu einer nachhaltig demokratischen Schulkultur beizutragen.

Der Schulungsfilm „RADIKAL“, den das HMdI in Kooperation mit dem HMKB und der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und Medien herausgegeben hat, thematisiert die Radikalisierungsprozesse in allen relevanten Phänomenbereichen des Extremismus – einschließlich des Islamismus – und wurde speziell für die pädagogische Präventionsarbeit mit Jugendlichen konzipiert. Zu dem Film gibt es ein umfassend aufbereitetes Paket für den Einsatz im Unterricht.

Darüber hinaus werden über die Hessische Lehrkräfteakademie Fortbildungsveranstaltungen zum Themenbereich „Islamismus“, „Extremismus“ bzw. „Interreligiosität“ angeboten. Hierzu zählen beispielsweise das Fortbildungsangebot „Lernen im Dialog (Interreligiöse und Interkulturelle Kompetenzen)“, das die Beratungskompetenz der Lehrkräfte im Kontext gesellschaftlicher und religiöser Vielfalt fördert oder die neunteiligen Online-Veranstaltung „Im Trialog“, in der verschiedene Themen aus jüdischer, christlicher und islamischer Perspektive beleuchtet werden.

Zudem fanden seit dem 07.10.2023 als Reaktion zum Umgang mit den Folgen des Angriffs auf Israel in der Schule verschiedene Fortbildungen und Veranstaltungen für Lehrkräfte statt, die auch das Ziel verfolgten, der Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken. Die Veranstaltungen haben die Lehrkräfte für verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus sensibilisiert und auf diese Weise beim Erkennen von verschiedenen Formen von Extremismus, insbesondere auch dem extremistischen Islamismus, unterstützt.

Ebenso werden im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, das bei dem im HMdI angesiedelten „Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus“ (HKE) verankert ist, ca. 120 Maßnahmen und Projekte, u. a. auch im Bereich der Prävention bzw. Früherkennung islamistischer Radikalisierung gefördert, die auch an Schulen stattfinden. Hierfür stehen im Jahr 2024 Haushaltsmittel in Höhe von rund 11 Mio. € (inklusive weitergeleitete Bundesmittel) zur Verfügung.

Besonders hervorzuheben ist das bereits im Jahr 2014 als Präventionsstrategie gegen Islamismus eingerichtete „Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“, in dessen Rahmen u. a. zwei Beratungsangebote des zivilgesellschaftlichen Trägers „Violence Prevention Network (VPN) gGmbH“ mit bis zu 1,2 Mio. € jährlich aus Landesmitteln gefördert werden.

Frage 10 Ist die Landesregierung zudem der Auffassung, dass verbale Angriffe durch „arabischstämmige Jugendliche“ bei jungen Menschen, die den Hamas-Terror direkt oder indirekt miterleben gezwungen waren, die Gefahr einer Retraumatisierung in sich bergen und dieser Umstand besonders schwer wiegt, da der Besuch eigentlich u. a. der Rekonvaleszenz dienen sollte?

Die Rückmeldungen der israelischen Gruppe waren ausnahmslos positiv und die Gruppe zeigte sich dankbar für die Einladung nach Hessen.

Wiesbaden, 31. August 2024

Armin Schwarz